

Berlin, 9. Januar 2023

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Eckpunktepapier für eine Erdwärmekampagne Geothermie für die Wärmewende an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem o. g. Entwurf. Grundlage dieser Stellungnahme sind die dem DIHK zugegangenen Äußerungen der IHKs sowie die wirtschaftspolitischen Positionen des DIHK. Sollten dem DIHK noch weitere in dieser Stellungnahme noch nicht berücksichtigte relevante Äußerungen zugehen, wird der DIHK diese Stellungnahme entsprechend ergänzen.

A. Das Wichtigste in Kürze

Die IHK-Organisation befürwortet, das Potenzial der Geothermie in Deutschland stärker zu heben. Im Sinne einer stärkeren Unabhängigkeit von Energieimporten aus dem Nicht-EU-Ausland ist ein Ausbauziel von 10 TWh bis 2030 richtig. Geothermie bietet aus Sicht der Wirtschaft den Vorteil, dass sie flächendeckend verfügbar ist und daher keinen Transport über weite Strecken benötigt, der größere Energieverluste implizieren würde. Darüber hinaus würde sich insbesondere das Thermalwasser des Oberrheingrabens an einigen Standorten für den Abbau von Lithium eignen.

Die im Eckpunktepapier vorgesehenen acht Maßnahmen weisen allerdings Konkretisierungsbedarf auf, um die Ziele tatsächlich zu erreichen. Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie zur Risikoabfederung bei Probebohrungen sind in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung für die Unternehmen.

B. Relevanz für die deutsche Wirtschaft

Geothermie ist eine Schlüsseltechnologie für die Wirtschaft, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Sie weist ein großes Potenzial für die Dekarbonisierung auf, sowohl für die Substitution fossiler Prozesswärme in den Betrieben als auch für die Wärmenutzung im Gebäudebereich in Neu- und Bestandsbauten. Auch für den im Eckpunktepapier nicht erwähnten Kältebereich hat die Geothermie mithilfe von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ein großes Potenzial. Nach Berechnungen des Bundesverbands Geothermie kann die nationale geothermische Energieproduktion bis zu einem Viertel des Nutzwärmebedarfs der Industrie decken. Vor diesem Hintergrund sollten alle Potenziale der Geothermie genutzt werden, einschließlich der oberflächennahen Geothermie, die im Eckpunktepapier nicht erfasst wird.

C. Details

1. Austausch mit Akteuren – Dialogprozess

Der DIHK unterstützt die Einrichtung eines Austauschs zwischen allen Stakeholdern und die Bereitschaft zum Dialog mit den Verbänden. Wir plädieren dafür, Kapazitäten für Information, Erstberatung und Vernetzung für interessierte Unternehmen aufzubauen, vorzugsweise bei einer zentralen Stelle. Die IHK-Organisation unterstützt bei der Wissensvermittlung unter ihren über 3 Millionen Mitgliedern.

2. Datenkampagne – Informationsdefizite abbauen

Auch die beabsichtigte Datenkampagne befürwortet die IHK-Organisation. Im Anschluss sollten die Ergebnisse der Kampagne transparent kommuniziert werden, da die entsprechenden Informationen für Investitionsentscheidungen der Unternehmen von großer Bedeutung sein werden.

3. Explorationskampagne – Marktbereitung schaffen

Die IHK-Organisation unterstützt die von der Bundesregierung im Jahre 2023 geplante Explorationskampagne, die das Fündigkeitsrisiko für die Betriebe minimieren soll. Fündigkeitsrisiken stellen die größten Risiken und Kosten für Projektierer dar. In diesem Zusammenhang sollten 3D-seismische Vorbewertungen von Vorkommen unseres Erachtens von der öffentlichen Hand durchgeführt oder finanziert werden.

Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass Systeme zur Erfassung geothermischer Wärme, die möglicherweise mit Wärmepumpen gekoppelt sind, zusammen gut funktionieren müssen. Die Wärmenutzung erfordert geeignete Wärmenetze, die in der Regel nicht von Geothermieunternehmen geplant und betrieben werden. Die Wärmeerzeugung und die Errichtung neuer Wärmeverteilensysteme sollen daher koordiniert werden.

4. Beschleunigung von Genehmigungsverfahren – Optimierungspotenziale identifizieren

Um die mit dem Eckpunktepapier angestrebten Ziele bis 2030 zu erreichen, müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich verkürzt werden. Zusätzliches qualifiziertes Personal, aber auch eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen und insbesondere Vereinfachungen im Wasserrecht, UVP-Recht, Naturschutzrecht sowie im Vergaberecht können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Auch die Digitalisierung kann zu einer wesentlichen Beschleunigung der Prozesse führen. So könnten Genehmigungsverfahren über ein elektronisches Portal abgewickelt werden, das ebenfalls Transparenz für alle Beteiligten schaffen würde.

5. Förderprogramme – Impulse geben und Marktbereitung

Der DIHK befürwortet die Berücksichtigung der hohen Investitionskosten, die die Geothermie mit sich bringt. Aus unserer Sicht besteht eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland, wenn die Förderprogramme nicht an die anderen Staaten angepasst werden. Auch

sollte sichergestellt werden, dass kein Wettlauf zwischen den Bundesländern und keine Vielzahl an Förderprogrammen entsteht¹.

Mit den Stakeholdern sollte evaluiert werden, ob die im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) vorgesehene Förderung in Höhe von 40 % der Investitionskosten für geothermische Anlagen zur Wärmeerzeugung genügt oder angepasst werden muss. Auch die direkte Nutzung der Geothermie sollte berücksichtigt werden.

Um den bürokratischen Aufwand zu begrenzen, sollte Geothermie zudem als Einzelmaßnahme (Easy Access) gefördert werden, statt in einen Transformationsplan eingebunden zu werden.

Schließlich halten wir es für notwendig, das Förderprogramm BEW in ein eigenständiges Gesetz umzuwandeln, um eine langfristige Planungssicherheit für Unternehmen zu gewährleisten.

6. Risikoabfederung

Aus Sicht der IHK-Organisation sollte die Absicherung des Explorationsrisikos durch ein Instrument zeitnah sichergestellt werden, um die Investitionssicherheit insbesondere für kleine und mittlere Bohrunternehmen zu gewährleisten, die das Risiko von Fehlbohrungen kaum tragen können. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Land Niedersachsen, das eine Bürgschaftsregelung eingeführt hat, um das Fündigkeitsrisiko für Tiefengeothermieprojekte zu reduzieren.

Die aktuell hohe Wahrscheinlichkeit eines Misslingens erhöht die ohnehin sehr hohen Kosten einer Probebohrung. Förderprogramme sollten so konzipiert sein, dass sie auch die Forschung einschließen, um eine Daten- und Know-how-Basis zu schaffen, die die Risiken für die Unternehmen verringert.

Darüber hinaus bieten nachnutzbare Bohrungen in einigen Fällen eine interessante Möglichkeit zur Gewinnung von Erdwärme. Die Investitionen und Risiken sind in der Regel wesentlich geringer als bei geothermischen Projekten, die eine neue Bohrung erfordern.

7. Fachkräfte und Verfügbarkeit von Mess- und Bohranlagen

Neben dem Mangel an qualifizierten Fachkräften für die Installation von Wärmepumpen fehlt auch im Bohrsektor Personal, um bis 2030 100 neue Projekte in Angriff nehmen zu können. Der DIHK sieht die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen, um den Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften zu unterstützen und bringt sich hier auch mit einem Forschungsprojekt aktiv ein.

8. Akzeptanz

Die Akzeptanz von Geothermie ist eine wesentliche Voraussetzung für den stärkeren Einsatz der Geothermie in den Unternehmen, die ab sofort adressiert werden sollte. In einigen Regionen sind die Erinnerungen an Erdbeben und Hebungsrisse aufgrund ungeeigneter Verfahren lebendig und

¹ Wenige Stimmen aus der Wirtschaft sind der Auffassung, dass föderaler Wettbewerb dem Markthochlauf von Wasserstoff dienen würde -sowohl auf geografischer Ebene, zwischen den Bundesländern, bei Förderprogrammen, als auch auf Mikroebene, zwischen Unternehmen, um Innovation stärker zu fördern.

prägen ein negatives Bild der mittleren und tiefen Geothermie, das den heutigen Verfahren nicht gerecht wird.

D. Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Louise Maizieres (DIHK)

030/20308-2207

Maizieres.louise@dihk.de

Dr. Sebastian Bolay (DIHK)

030/20308-2200

Bolay.sebastian@dihk.de

E. Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein.